Zeitschrift: Gewerkschaftliche Rundschau für die Schweiz : Monatsschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes

Herausgeber: Schweizerischer Gewerkschaftsbund

Band: 30 (1938)

Heft: 6

Artikel: Der Ausschuss des I.G.B. tagt in Oslo

Autor: Meister, M.

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-352901

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 11.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

GEWERKSCHAFTLICHE
RUNDSCHAU
FÜR DIE SCHWEIZ
Monatsschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes
Beilage „Bildungsarbeit", Mitteilungsblatt der Schweiz. Arbeiterbildungszentrale

No. 6 Juni 1938 30. Jahrgang

Der Ausschuss des I. G. B. tagt in Oslo.

Von M. Meister.

Mit einer gewissen Spannung sahen die Gewerkschaften aller dem I. G. B. angeschlossenen Länder der Ausschusssitzung in Oslo entgegen, galt es doch anlässlich dieser Konferenz neben der Behandlung der ordentlichen Geschäfte zu wichtigen Tagesfragen Stellung zu nehmen und vor allem über den Anschluss der russischen Gewerkschaften an den I. G. B. zu entscheiden. Vielerorts wurde bedauert, dass als Tagungsort der wichtigen Konferenz Oslo ausersehen worden war, das besonders für die Kollegen von Zentraleuropa nicht gerade leicht erreichbar ist. Der Aufmarsch der Delegationen zeigte jedoch, dass die Landeszentralen Mühe und Kosten nicht scheuten, um an dieser Tagung teilzunehmen. Die Präsenzliste zeigte die Anwesenheit von vierzehn Landeszentralen: Belgien, Dänemark, Spanien, Vereinigte Staaten von Nordamerika, Finnland, Frankreich, Grossbritannien, Mexiko, Norwegen, Niederlande, Schweden, Schweiz, Tschechoslowakei und Polen. Besonders stark vertreten waren neben den Delegationen der skandinavischen Länder Mexiko und Frankreich. Neben den Landesorganisationen waren 19 internationale Berufssekretariate vertreten.

Aus der Eröffnungsrede des Kollegen Citrine möchten wir folgende Aeusserungen festhalten:

In organisatorischer Beziehung stellt Walter Citrine mit Genugtuung fest, dass die Mitgliederzahlen in jedem der angeschlossenen Länder einen allgemeinen Aufstieg aufweisen, so dass der Mitgliederbestand des I. G. B. Ende 1937 über 20 Millionen beträgt. Seit der letzten Ausschusssitzung in Warschau ist der Anschluss des Amerikanischen Gewerkschaftsbundes definitiv vollzogen worden. Der Mitgliederzuwachs ist besonders beachtenswert im Hinblick auf den wirtschaftlichen Rückgang, der

in den letzten Monaten eingetreten ist und der zu ernsten Befürchtungen Anlass bietet wegen der sich daraus ergebenden Erhöhung der Arbeitslosigkeit in gewissen Ländern. Der Vorsitzende glaubt, dass sogar im kapitalistischen System genügend Beweglichkeit und Anpassungsmöglichkeiten bestehen, um die ernsten Folgen einer Wirtschaftskrise zu verhüten, sofern die von der Gewerkschaftsbewegung aufgestellten Wirtschaftsmassnahmen allgemein angewendet würden. Die Landeszentralen müssen daher ermutigt werden, Wirtschaftsabteilungen zum besondern Studium wirtschaftlicher Fragen einzurichten, um die Mittel zur wirksamen Bekämpfung der Krise vorzubereiten. Im Laufe des letzten Jahres hat der I. G. B. durch sein Expertenkomitee dieser Frage weitgehende Beobachtung geschenkt und eine vorläufige Uebersicht der Mittel aufgestellt, die geeignet sind und angewendet werden sollen, um den kommenden Krisengefahren zu begegnen.

In Europa werden die faschistischen Diktaturen in der Verfolgung ihrer Eroberungspläne immer dreister. Deutschland hat sich unter gröbster Missachtung der Prinzipien elementarster Gerechtigkeit Oesterreichs bemächtigt, und das österreichische Volk ist nunmehr einem Regime ausgesetzt, das an Brutalität alles übersteigt, was bisher gewesen ist. Die Sympathie der gesamten Gewerkschaftsbewegung gehört unsern österreichischen Kameraden, die die Opfer dieser Unterdrückung geworden sind. Die Tschechoslowakei ist als selbständiger Staat bedroht. Es ist einerseits notwendig, eine friedliche Regelung der Frage der deutschen Minderheiten herbeizuführen, aber es muss anderseits auch festgestellt werden, dass es eine Grenze gibt, über die die Konzessionen nicht hinausgehen können. Es darf die Hoffnung ausgesprochen werden, dass bei irgendeinem Ratschlag, den die britische und französische Regierung der tschechoslowakischen Regierung erteilen, dieser Umstand Berücksichtigung findet. Das tschechoslowakische Volk ist sich der Gefahren, die seine Unabhängigkeit bedrohen, voll bewusst und entschlossen, einem nationalsozialistischen Angriff wirtschaftlichen oder militärischen Charakters Widerstand zu leisten. Diese Entschlossenheit muss die vereinte Unterstützung aller demokratischen Kräfte finden.

Im Fernen Osten hat der japanische Imperialismus das chinesische Volk in barbarischer Weise angegriffen und die ganze Welt mit Abscheu erfüllt. Es ist erfreulich, feststellen zu können, welch steigende Erfolge der von den Chinesen geleistete Widerstand zu verzeichnen hat. Dieses Volk hat sich angesichts des japanischen Angriffes eng zusammengeschlossen, ohne Rücksicht auf Meinungsverschiedenheiten.

Früher oder später werden die demokratischen Staaten genötig sein, in ihrem eigenen Interesse den faschistischen Angriffen Einhalt zu gebieten. In diesem Augenblick wird die Kriegsgefahr akut sein. Es ist deshalb wichtig, dass sich alle darüber klar werden, wie nutzlos es ist, dann die Regierungen aufzufordern,

dieser ernsten Gefahr entgegenzutreten, wenn sie nicht in angemessener Weise gerüstet und vorbereitet sind. Die Tendenz der Nationen, in der Isolierung Schutz zu suchen und in die kollektive Sicherheit durch den Völkerbund kein Vertrauen mehr zu haben, ist sehr bedauernswert, da sie direkt den Diktaturen in die Hände spielt. Im Rahmen des Völkerbundes ist die beste Gelegenheit geboten, zwischen den Nationen Abkommen zu treffen, die für alle offen stehen und die dafür bürgen würden, dass die kollektive Sicherheit eine Wirklichkeit wird.

Der heldenhafte Widerstand der spanischen republikanischen Kräfte ruft die Bewunderung der ganzen Welt hervor. Die den Franco-Rebellen gewährte Hilfe an Menschen und Munition ist kein Geheimnis mehr. Das Nichteinmischungsabkommen hat sich zum Schaden der spanischen Regierung ausgewirkt. Der Forderung der gesamten Arbeiterbewegung der Welt nach Wiederherstellung der Rechte der spanischen Regierung, sich die für die Verteidigung des spanischen Volkes notwendigen Waffen anzuschaffen, sollte von den demokratischen Mächten, so lange es noch Zeit ist, Gehör geschenkt werden. Der stärkste Druck der öffentlichen Meinung ist auf die Regierungen der demokratischen Länder ausgeübt worden. Citrine ist stolz auf die Hilfe, die den spanischen Kameraden durch die Gewerkschaften und die Arbeiterbewegung im allgemeinen in so grosszügiger Weise gewährt wurde. Aber die Bedürfnisse sind sehr gross, und in Anbetracht der begrenzten Mittel unserer Bewegung ist eine ausserordentliche Anstrengung notwendig, um die Leiden des spanischen Volkes zu mildern. Der Umschwung der öffentlichen Meinung Amerikas ist sehr zu begrüssen, und es ist zu hoffen, dass Taten folgen werden. Nichts wäre wünschenswerter, als wenn die amerikanische Regierung mit gutem Beispiel vorangehen würde, wodurch die Einwände und das Zögern der britischen, der französischen und anderer Regierungen hinweggefegt würden.

Der Vorsitzende schliesst seine mit grossem Beifall aufgenommene Eröffnungsrede mit dem Wunsche, es möge den demokratischen Staaten für ihre Völker gelingen, die Rechte und Freiheiten aufrechtzuerhalten, die ihr kostbarstes Erbe sind.

Bereits an der Nachmittagssitzung kann mit den eigentlichen Verhandlungen des Ausschusses, mit der Besprechung und Genehmigung des vom Sekretariat des I. G. B. gedruckt vorgelegten Tätigkeitsberichtes von 1936/1937 begonnen werden. Kollege Schevenels berichtet dazu ergänzend, dass die internationale Gewerkschaftsbewegung in einer schwierigen Lage und angesichts der steigenden Gefahren des Faschismus und des Krieges im Berichtsjahr eine beachtliche Konsolidierung und Kraftstärkung erfahren hat, die es unter anderm auch ermöglichte, sich besonders intensiv den wirtschaftlichen Fragen zuzuwenden. Er bedauert, dass der von der Ausschusssitzung in Warschau ausgesprochene Wunsch, dass sich die Gewerkschaftsbewegung Nordamerikas in

einer geschlossenen Organisation zusammenfindet, noch nicht verwirklicht werden konnte und erneuert das Angebot des I. G. B., vermittelnd in den Streit um die Meinungsverschiedenheiten einzugreifen. In seinen Ausführungen berührt Schevenels auch einige Fragen der Zusammenarbeit zwischen dem I. G. B. und den internationalen Berufssekretariaten und weist abschliessend auf die Fortschritte hin, die auf dem Gebiete der Bildungsarbeit in den letzten Jahren gemacht worden sind.

Der Tätigkeitsbericht wird nach kurzer Debatte, die sich mit den Fragen der Zusammenarbeit zwischen dem I. G. B. und den internationalen Berufssekretariaten beschäftigt, angenommen. In der Aussprache wurde besonders gerügt, dass es immer noch in den Landesorganisationen Verbände gibt, die den internationalen Berufsorganisationen nicht angeschlossen sind. Der Vorstand des I. G. B. erklärt sich bereit, eine besondere Tagung mit den Vertretern der internationalen Berufssekretariate noch im Laufe dieses Jahres abzuhalten, um die schwebenden Fragen abzuklären.

Zu Punkt 3 der Tagesordnung, Finanzbericht, Bericht der Rechnungsrevisoren und Wahl eines Rechnungsrevisors gab der Vertreter der Schweiz, Kollege Meister, als Berichterstatter einige mündliche Ergänzungen zu den schriftlich vorgelegten Finanz- und Revisorenberichten. Die Rechnung pro 1937 schliesst mit einem beträchtlichen Ueberschuss ab. Vor allem brachte der Mitgliederzuwachs vermehrte Einnahmen. Zum andern kann mit Genugtuung erwähnt werden, dass der Eingang der Beiträge von den Landeszentralen sich bedeutend gebessert hat, so dass nach dem ersten Quartal des Jahres 1938 sozusagen fast keine Restanzen der verflossenen Jahre mehr vorhanden waren. Ferner konnte die Kasse des I. G. B. nicht unbeträchtliche Kursgewinne buchen, die das finanzielle Ergebnis in erfreulicher Weise verbesserten. Der Finanzbericht sowie der Bericht der Revisoren wurden einstimmig genehmigt. Für den ausscheidenden Revisor, Kollege Meister, dem der Vorsitzende für seine langjährige Tätigkeit als Revisor herzlich dankte, wurde Kollege Buisson (Frankreich) gewählt.

Frage des Anschlusses der russischen Gewerkschaften.

Am zweiten Sitzungstage begann der Ausschuss mit der grossen Debattte über die Frage des Anschlusses der russischen Gewerkschaften.

Der Berichterstatter, Kollege Schevenels, gab einen historischen Rückblick, sowohl über die politische Entwicklung als auch über den Gang der Beschlüsse, die auf dem letzten Kongress des I. G. B., 1936 in London, zur Annahme jener Resolutionen geführt haben, auf Grund deren die Verhandlungen mit den russischen Gewerkschaften aufgenommen worden sind. Wie erinnerlich, blieben die beiden ersten Briefe, die das Sekretariat des I. G. B. nach

Moskau gesandt hat, unbeantwortet und erst auf den dritten Brief, der auf Wunsch der Ausschusssitzung in Warschau 1937 nochmals nach Moskau geschrieben wurde, erfolgte die Antwort. Auf Grund dieser Antwort begab sich dann die Delegation, bestehend aus den Genossen Jouhaux, Schevenels und Stolz nach Moskau. Das Ergebnis der Besprechungen in Moskau hat zu ausserordentlich lebhaften Diskussionen innerhalb der gesamten internationalen Gewerkschaftsbewegung geführt, wobei es an scharfen Kritiken nicht gefehlt hat. Kollege Schevenels stellt die schwierige Lage dar, in der sich die Delegation des I. G. B. gegenüber den russischen Gewerkschaften befunden hat, vertritt aber die Auffassung, dass sich das schriftlich niedergelegte Ergebnis der Besprechungen in Moskau absolut verteidigen und vertreten lässt, weil es mit den Beschlüssen von Warschau und der in London angenommenen Resolutionen übereinstimmt; ganz abgesehen davon, dass es sich nicht um ein Abkommen handelt, sondern um die Festlegung von Verhandlungspunkten, die keine Verpflichtung für den Vorstand und den Ausschuss des I. G. B. enthalten. Nach ausführlicher Darstellung, welche Motive für die Delegation massgeblich waren, zu der auf die von den Russen vorgebrachten Punkten gegebenen Antworten, stellte Schevenels anschliessend fest, dass die Frage der gewerkschaftlichen Freiheit und die Frage der Unabhängigkeit der russischen Gewerkschaften vom Staat in Moskau deshalb nicht aufgeworfen worden ist, weil es nicht Sache der Delegation war. Es war bereits in London feststehende Tatsache, dass die Freiheit und Unabhängigkeit der russischen Gewerkschaften in dem Sinne, wie sie für die bisher dem I. G. B. angeschlossenen Gewerkschaften gilt, nicht vorhanden ist.

Als erster Sprecher bedauert Kollege Jouhaux, dass er zum erstenmal seit seiner Zusammenarbeit mit den Vorstandsmitgliedern des I. G. B. in einer überaus wichtigen Frage anderer Meinung ist. Er vertritt den Anschluss der russischen Gewerkschaften, weil die Herstellung der Gewerkschaftseinheit angesichts der wachsenden faschistischen Gefahr, die neuerdings auch die amerikanischen Staaten bedroht, eine gebieterische Notwendigkeit darstellt. Die Beispiele Oesterreich, Spanien, China, die wachsende Gefährdung der Tschechoslowakei erlauben es nicht länger, eine so wichtige Frage wie den Anschluss der russischen Gewerkschaften unter dem Gesichtspunkt eines Formalismus oder bestimmter Vorurteile zu betrachten. Notwendig ist es, dass sich überall die Erkenntnis durchsetzt, dass die Russen mit ihrer grossen organisatorischen Macht mit allen Rechten und Pflichten dem I.G.B. beitreten. Er appelliert an die internationale Solidarität und an die internationale gewerkschaftliche Disziplin, um Bedenken und Hemmungen zu überwinden. Er persönlich bedauert, dass die Russen Bedingungen für den Anschluss gestellt haben. Er sieht in der Fortführung der Besprechungen mit den Russen durch den Vorstand des I. G. B. und auf der Basis der Statuten des I. G. B.

den Beitrag, den der Ausschuss zur Lösung dieser Aufgabe leisten muss.

Toledano, der Generalsekretär des Mexikanischen Gewerkschaftsbundes, berichtet über die Anstrengungen des internationalen Faschismus in Brasilien, Peru, Guatemala und in Mexiko selbst, seine Macht zu erweitern, so dass es immer offensichtlicher ist, dass der Faschismus eine Weltgefahr bedeutet und ihm nicht durch Defensive, sondern nur durch entschlossene Offensive begegnet werden kann. Die Ausschusssitzung in Oslo hat unter diesen Umständen eine historische Bedeutung, und es kommt darauf an, in der internationalen Gewerkschaftsbewegung die Zusammenfassung aller Kräfte, ohne Ansehen ihrer politischen und religiösen Auffassungen, zu erreichen. Mexiko ist für die Herstellung der Einheit entsprechend der Londoner Resolutionen, und unser aller Wille muss es sein, die notwendige Verteidigung der Demokratie durch eine weltweite Gewerkschaftseinheit zu sichern.

Almaro del Rosal erklärt im Namen des spanischen Gewerkschaftsbundes, dass sie die in Moskau getroffenen Vereinbarungen unterstützen. Sicherlich sei die Frage des Anschlusses der Russen kein einfaches Problem, aber die Frage der gewerkschaftlichen Freiheit dürfe dabei keine Rolle spielen, da darüber in der Londoner Resolution, auf Grund welcher die Verhandlungen in Moskau geführt worden sind, nichts gesagt wird. 170 Millionen Russen und 20 Millionen organisierter Arbeiter in den russischen Gewerkschaften stellen eine Kraft im Kampfe gegen den Faschismus dar, die nicht ausser acht gelassen werden darf. Die spanische Delegation begrüsst die Ergebnisse der Verhandlungen der I. G. B.-Delegation und setzt sich dafür ein, dass mit den russischen Gewerkschaften weiter verhandelt wird.

Frachon (Frankreich) erklärt, dass seiner Ueberzeugung nach die Frage der Gewerkschaftseinheit, die bereits den Kongress in London beherrscht hat, weiter im Vordergrund bleiben wird, solange keine Lösung gefunden ist. Seit London sind zwei Jahre Zeit verstrichen. Inzwischen hat der Faschismus neue bedrohliche Fortschritte gemacht, während die internationale Gewerkschaftsbewegung mit der Lösung dieser Frage nicht weiter gekommen ist. Die vielversprechenden Verhandlungen, die in Moskau begonnen worden sind, müssen bezüglich der ideologischen Unterschiede und unbeschadet der Frage nach der Abhängigkeit der russischen Gewerkschaften von der Regierung (eine Frage, die man auch andern Landeszentralen stellen könne) entschieden fortgesetzt werden mit dem Ziel, möglichst bald zu einem positiven Ergebnis zu kommen.

Hindahl, Vorsitzender des norwegischen Gewerkschaftsbundes, glaubt, dass der I. G. B. gut beraten war, die Russen zum Anschluss einzuladen und mit ihnen zu verhandeln. Unverkennbar war die I.G.B.-Delegation in Moskau nicht einheitlich in ihrer Auffassung. Zweifellos muss die Möglichkeit der Kritik gegenüber

Russland erhalten bleiben, ebenso wie die Autonomie der Landeszentrale des I. G. B. ein unantastbares Recht bleiben muss. Die norwegischen Gewerkschaften sind der Auffassung, dass die russischen Gewerkschaften sich regulär beim I. G. B. anschliessen sollen, wobei Hindahl der Meinung Ausdruck gibt, dass selbst eine Schwächung der gewerkschaftlichen Bewegung, die eventuell im nationalen Rahmen eintreten könnte, hingenommen werden muss, da sie bei weitem durch den grossen internationalen Gewinn ausgeglichen werden würde. Er unterstreicht, dass der Eintritt der Russen nur mit gleichen Rechten und Pflichten erfolgen könne und dass dann auf Grund der Autonomie der Landeszentralen seitens des I. G. B. keinerlei besondere Garantien mehr notwendig sind. Die norwegische Landeszentrale unterbreitet Vorschläge bezüglich der Weiterverhandlung mit den russischen Gewerkschaften, die sie für unbedingt notwendig hält.

De la Bella (Niederlande) erklärt, dass es bedauerlich sei, dass dem geschlossenen Willen der Russen in Moskau eine gespaltene I.G.B.-Delegation gegenübergestanden habe. Für die niederländischen Gewerkschaften sei es von ausserordentlicher Bedeutung, zu wissen, ob die Verhandlungen lediglich auf Grund der Statuten des I. G. B. oder nur auf der Basis der Resolution des I. G. B. stattgefunden hätten. Er bedauerte, dass die Delegationen Bedingungen der Russen angenommen habe, statt dass seitens des I. G. B. Bedingungen für den Anschluss der Russen formuliert worden seien. Der Londoner Beschluss hat uns in grösste Schwierigkeiten gebracht, wobei beachtet werden müsse, dass sich seit London sehr wesentliches geändert habe. Er hält selbst einen bedingungslosen Eintritt der russischen Gewerkschaften in den I.G.B. für unmöglich, weil in der Sowjetunion keine gewerkschaftliche Freiheit bestände und weil er davon überzeugt ist, dass man dem Faschismus keinen grösseren Dienst erweisen könne, als jetzt mit den Kommunisten zusammenarbeiten. Die Gefahren, die sich daraus für die gesamte internationale Gewerkschaftsbewegung ergeben, dürfen nicht unterschätzt werden, und vor allem solle man nicht unterschätzen, wie stark in einzelnen Ländern für die nationale Arbeit der Gewerkschaften die Schwächung wäre, die durch den Anschluss der Russen erfolgen würde. Auch ist er nicht davon überzeugt, dass der Anschluss der Russen zu einer Verstärkung der Aktion führen würde, vielmehr besteht die Gefahr, dass der Anschluss das Gegenteil bewirkt. Die niederländischen Gewerkschaften lehnen den Anschluss der russischen Gewerkschaften mit grosser Entschiedenheit ab.

Als erster Redner am dritten Verhandlungstag ergreift Kollege Zdanowsky (Polen) das Wort. Er erklärt, dass der Anschluss der Russen für die polnische Arbeiterbewegung und die polnischen Gewerkschaften im besondern zu unübersehbaren Schwierigkeiten führen würde. Der Anschluss der Russen würde die Zusammenarbeit mit der Bauernbewegung und dem liberalen Bürgertum

in Polen zerstören, die die entscheidende Basis für den sozialen Fortschritt in Polen darstelle. Im Namen des polnischen Gewerkschaftsbundes erklärt er sich vorbehaltlos gegen den Anschluss der russischen Gewerkschaften.

Kollege Mertens (Belgien) bedauert wie Jouhaux, dass in einer so wichtigen Frage, wie den Anschluss der Russen, keine einheitliche Meinung innerhalb des Vorstandes des I. G. B. erreicht werden konnte. Die Stellungnahme zu dieser Frage ist entscheidend mitbedingt durch die Lage, die die Gewerkschaftsbewegung in jedem einzelnen Lande vorfindet. Er erinnerte daran, dass die russischen Gewerkschaften die einzigen Organisationen gewesen sind, die beharrlich, trotz zweimaliger Aufforderung, auf die Anschlussbemühungen des I. G. B. nicht geantwortet haben; sie reagierten erst auf den dritten Brief, der ihnen nach der Ausschusssitzung in Warschau im vorigen Jahre geschrieben wurde. Bezüglich der Verhandlungen selbst kann es keinem Zweifel unterliegen, dass in Moskau kein Abkommen geschlossen wurde, weil die Delegation des I. G. B. dazu gar kein Recht hatte. Die Bedingungen, die die Russen formuliert haben, müsssen auf schärfsten Widerstand stossen. Seiner Ueberzeugung nach handelte es sich hier um ein Manöver, wie sie die Russen seit jeher dem I. G. B. gegenüber angewandt haben. Mertens kritisiert scharf vor allem die Forderung nach Durchführung proletarischer Sanktionen, die von den Gewerkschaften eines Landes erhoben wird, dessen Arbeiter gezwungen sind, Arbeiten für Lieferungen an die faschistischen Staaten durchzuführen und die kein Streikrecht haben, um diese Art der Unterstützung des Faschismus zu unterbinden. Er bedauert, dass die Delegation des I. G. B. solchen Forderungen gegenüber nicht entsprechend geantwortet hat, sondern diese Forderungen annehmbar erklärte. Für Mertens ist es besonders unannehmbar, dass die Russen eine Reihe organisatorischer Bedingungen stellen, die sie zur Voraussetzung für ihren spätern Anschluss machen. Seiner Meinung nach haben die Russen diesmal schlecht manöveriert. Scharf wendet sich Mertens dagegen, dass die Russen als Bedingung stellen, die Kritik gegenüber Russland und seinen Regierungsmethoden zu unterbinden. Das ist eine Bedingung, die unter keinen Umständen angenommen werden kann. Mertens zeigt am Beispiel der Vorgänge in Belgien, dass die unterirdische Arbeit der roten Gewerkschaftsinternationale selbst jetzt noch nach erfolgten Verhandlungen in Moskau weiter gehen, ja sogar verstärkt worden sind und erinnert im Zusammenhang damit an die von den Russen seit 1920 ständig verfolgte Methode, die Arbeit des Internationalen Gewerkschaftsbundes zu unterminieren und zu stören. Er hält den Glauben, dass der Anschluss der Russen eine Kraftstärkung bedeute, für eine Illusion, der wir uns nicht hingeben dürfen. Nicht nur müssen die von den Russen gestellten Bedingungen zurückgewiesen werden, sondern es müssen auch weitere Verhandlungen mit den Russen abgelehnt werden.

Den Standpunkt des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes vertritt Kollege Meister. Er erklärt, dass der Schweizerische Gewerkschaftsbund vorbehaltlos auf dem Boden der Demokratie stehe und verweist auf die diesbezüglich gefassten Beschlüsse der zuständigen Instanzen. Der Schweizerische Gewerkschaftsbund betrachtet es als selbstverständliche Pflicht der Gewerkschaften eines jeden Landes, dass sie an ihrem Orte mit aller Kraft das Aufkommen des Faschismus zu verhindern suchen, und wir sind der Ueberzeugung, dass wenn sie diese Pflicht mit Erfolg erfüllen, sie dann auch dem I. G. B. gegenüber ihre beste Pflicht erfüllt haben; denn die Kraft des I. G. B. kann nicht mehr bedeuten, als die Summe jener Kräfte, die jede Gewerkschaftsorganisation in ihrem Lande aufzubringen vermag. So haben wir von allem Anfang an, und es darf gesagt werden mit Erfolg, versucht, dieser Aufgabe gerecht zu werden. Wir haben den Faschismus mit allen uns zur Verfügung stehenden Kräften bekämpft und in diesem Kampfe Verbindung gesucht mit jenen Kreisen der Bevölkerung, die zuverlässig auf dem Boden der Demokratie stehen. Es ist uns gelungen, über die Gewerkschaftskreise hinaus eine Bewegung zu schaffen, der auch Kreise bis weit in das bürgerliche Lager hinein angehören. Die Grundlagen dieser «Richtlinienbewegung» schliessen jede Zusammenarbeit mit Organisationen aus, die nicht eindeutig auf dem Boden der Demokratie stehen. Eine Zusammenarbeit mit kommunistischen Organisationen, sei es direkt oder indirekt, müsste die Grundlagen dieser Bewegung erschüttern und würde die Zusammenarbeit mit den demokratisch eingestellten Kreisen unseres Landes verunmöglichen. Diese Zusammenarbeit allein bietet jedoch Garantie dafür, dass der Faschismus in der Schweiz keinen Nährboden findet. Heute ist unsere Stellung gegen den Faschismus stark. Unsere Stellung würde geschwächt, wenn wir durch die Aufnahme der russischen Gewerkschaften in den I. G. B. gezwungen würden, mit den russischen Gewerkschaften international zusammenzuarbeiten. Wir sind der Ueberzeugung, dass wir selbst mit einem Austritt aus dem I. G. B. diesem einen bessern Dienst erweisen würden, als wenn wir durch unser Verbleiben dem Faschismus im eigenen Lande Tür und Tore öffnen würden. Dazu kommen noch jene Bedenken, die bereits von anderer Seite geäussert worden sind. Die Aufnahme von Zwangsorganisationen, die nichts anderes als Ausführungsorgane der Regierung sind, müsste den Charakter des I. G. B. von Grund auf ändern. Wir sind der Ansicht, dass der Anschluss der Russen mit oder ohne Bedingungen die Front gegen Krieg und Faschismus aus den erwähnten Gründen nicht verstärken würde. Ein solcher Beschluss müsste auch starke nachteilige Rückwirkungen haben auf die internationalen Berufssekretariate. Der Londoner Beschluss kam unter ganz besondern Umständen zustande. Damals stand der Kongress unter dem Eindruck einer neuen Spaltung. Unter diesem Drucke fand dann jener unklare Kompromissantrag Annahme. Dies

geht schon daraus hervor, dass der Beschluss in Warschau, weitere Verbindungen mit den russischen Gewerkschaften nachzusuchen, gegen die Stimmen von vier Ländern durchging. Auch der Antrag des Vorstandes kann nicht befriedigen. Er lässt die weitern Verhandlungen mit den russischen Gewerkschaften offen. Versuchen wir nicht länger etwas organisatorisch zusammenschweissen zu wollen, was nicht zusammengefügt werden kann, weil die ideologischen Voraussetzungen fehlen. Ein derartiges Werk könnte nur neue Schwierigkeiten bringen und müsste zu innern Zwistigkeiten führen, die letzten Endes die Schlagfertigkeit beider Organisationen lähmen und dem Faschismus neue Angriffsmöglichkeiten und neuen Auftrieb geben würde.

Namens des Amerikanischen Gewerkschaftsbundes erklärt Matthew Woll, dass insbesondere die Frage der Unabhängigkeit der Gewerkschaften und die gewerkschaftliche Freiheit Prinzipien sind, auf Grund deren der Amerikanische Gewerkschaftsbund sich dem I. G. B. angeschlossen hat. Ebenso notwendig ist es, die volle Autonomie der Landeszentralen aufrechtzuerhalten. Er sieht in den russischen Gewerkschaften eine kommunistische Organisation, die von der Diktatur abhängt und heute die organisatorische Einheitspolitik aus politischen Gründen verfolgt. Er kritisiert die einzelnen Bedingungen in den russischen Vorschlägen, die er ablehnt und unterstreicht, dass es ein unmöglicher Zustand wäre, gegen die faschistische Diktatur mit einer andern Diktatur als Partner zu kämpfen. Dies würde nur neue Verwirrung bringen, die sich zum Schaden der gesamten Gewerkschaftsbewegung auswirken müsste.

Kollege Schifferstein, Sekretär der Lebensmittelarbeiter-Internationale, spricht von den Erfahrungen, die seine Internationale während der sechs Jahre gemacht hat, in denen der russische Verband Mitglied war. Alle Versuche, zu einer positiven Arbeit zu kommen, sind gescheitert. Es war auch nie möglich, mit den russischen Arbeitern selbst in direkten Kontakt zu kommen. Selbst bei seiner Reise nach Moskau wurde er seinen russischen Uebersetzer nie los, und nie war es ihm möglich, sich direkt mit Arbeitern zu unterhalten. Diese sechs Jahre waren Jahre unfruchtbarer Arbeit und dauernden Streites. Er glaubt, dass diese Erfahrungen seiner Internationale von den Landeszentralen bei ihren Entscheidungen in Betracht gezogen werden sollten, und nur, wenn sie davon überzeugt sind, dass sich diese Erfahrungen im I. G. B. nicht wiederholen, mögen sie für die Aufnahme stimmen.

Namens der tschechoslowakischen Landeszentrale erklärt Kollege Tayerle, dass auch für sie die Frage der Stellung der Gewerkschaften im Staate entscheidend sei. Die Bedingungen, die die Russen gestellt haben, müssen entschieden abgelehnt werden. Man sollte aber nicht einfach zur Tagesordnung übergehen, sondern den Vorstand bevollmächtigen, weiter zu verhandeln, um

eine ideologische Annäherung der russischen Gewerkschaften zu erzielen.

Der schwedische Vertreter, Kollege Lindberg, vertritt den Standpunkt, dass der Beschluss von London eine schlechte Entscheidung war, die man nicht nur rückgängig machen kann, sondern rückgängig machen muss. Heute stehen wir vor einer völlig andern Lage bezüglich Russland, als dies in London der Fall war, und die Entwicklung ist nicht in der Richtung der Demokratisierung gegangen, sondern den Weg der immer brutaler werdenden Diktatur. Er warnt davor, die einzelnen von den Russen gestellten Bedingungen zu bagatellisieren, und er kann auch nicht verstehen, dass der Anschluss der Russen eine Stärkung der Demokratie und die Voraussetzung für die Erhaltung der Demokratie sein soll. Schweden kann den Eintritt der Russen daher nicht billigen. In der gleichen Lage befinde sich Finnland. Er erklärt sich für die Annahme der Vorstandsresolution, und man könnte spätere Zeiten abwarten, bis sich die Lage der russischen Gewerkschaften abgeklärt hat.

Knud Jensen (Dänemark) ist nicht davon überzeugt, dass die Russen überhaupt ernsthaft den Eintritt in den I. G. B. wünschen. Ihre Aufnahme und die Erfüllung der gestellten Bedingungen würden zweifelsohne die jetzt dem I. G. B. angeschlossenen Organisationen in eine äusserst schwierige Lage bringen, wenn nicht gar mit ihrem Austritt zu rechnen ist. Diese Konsequenzen müssen genau geprüft werden. Die dänische Landeszentrale ist der Auffassung, dass sich die Frage der Aufnahme der russischen Gewerkschaften erst stellen kann, wenn sich die Lage in Russland wesentlich geändert hat.

Im Namen der Delegation des Britischen Gewerkschaftsbundes erklärt Kollege Hicks, dass es Pflicht des I. G. B. ist, das Maximum einer gewerkschaftlichen Einheit zu erreichen. Angesichts der russischen Bedingungen und ohne dass seitens der Russen ein Gesuch um Aufnahme wirklich gestellt worden ist, ist gar nicht abzusehen, welche schlimmen Folgen eintreten könnten, wenn diese Bedingungen nicht zurückgewiesen würden. Er erinnert daran, dass auf dem Londoner Kongress gleichzeitig die Frage der Gewerkschaftsfreiheit gestellt und dass festgestellt worden ist, dass die bolschewistische Lösung für den I. G. B. nicht annehmbar ist, und dass die den Gewerkschaften in Russland zugewiesene Rolle in keiner Weise den Auffassungen der freien Gewerkschaftsbewegung entspricht. Die russischen Gewerkschaften sind Organe unter absoluter Kontrolle einer politischen Diktatur. An dieser Sachlage können wir nichts ändern. Der Britische Gewerkschaftsbund lehnt daher die gestellten Bedingungen ab.

In seinem Schlusswort versucht Kollege Schevenels verschiedene Diskussionseinwände richtigzustellen und die Haltung in Moskau zu rechtfertigen. Bezüglich der Vorschläge, die die nor-

wegische Delegation vorgelegt hat, gibt er im Namen des Vorstandes die Erklärung ab, dass diese unannehmbar sind, weil sie ähnliche Formulierungen enthalten wie die von den Russen gestellten Bedingungen.

In der anschliessenden namentlichen Abstimmung über die Erklärung des I. G. B., die Bedingungen der Russen seien abzulehnen, wird von norwegischer Seite erklärt, sich der Stimme zu enthalten. Die Abstimmung ergibt Ablehnung der russischen Bedingungen mit sechzehn gegen vier Stimmen und einer Stimmenthaltung. Für die Annahme stimmten das Vorstandsmitglied Jouhaux und die Landeszentralen von Frankreich, Mexiko und Spanien. Einem weitern Antrag, der von den Landeszentralen Holland, Schweiz, Belgien, Polen und den Vereinigten Staaten von Nordamerika eingebracht wurde und der vorsieht, dass keine weitern Verhandlungen mit dem Zentralrat der russischen Gewerkschaften über die Anschlussfrage geführt werden sollten, wurde ein Antrag des Französischen Gewerkschaftsbundes, der die Fortsetzung der Anschlussverhandlungen verlangt, gegenübergestellt. In der Abstimmung wurde mit vierzehn gegen sieben Stimmen beschlossen, keine weitern Verhandlungen mit den russischen Gewerkschaften mehr zu führen. Gegen diesen Vorschlag stimmten die Vorstandsmitglieder Jouhaux und Tayerle sowie die Landeszentralen von Frankreich, Mexiko, Norwegen, Spanien und der Tschechoslowakei. Damit fand die Frage des Anschlusses ihren Abschluss.

Zu dem Traktandum «Kampf gegen Krieg, Reaktion und Faschismus» lag ein Referat des Kollegen Jouhaux schriftlich vor, das die in dieser Angelegenheit früher gefassten Beschlüsse erneut in Erinnerung bringt und diese wiederum bestätigt. Der schriftliche Bericht bezeichnet als vornehmste Aufgabe der Gewerkschaften, dafür Sorge zu tragen, dass der Krieg für niemand mehr ein Geschäft bedeutet. Die Gewerkschaften müssen ihr Hauptaugenmerk auf die Behandlung jener Punkte konzentrieren, die dem I. G. B. schon vor Jahren vorgeschlagen wurden, nämlich die Kontrolle und Verstaatlichung der Rüstungsindustrie, die Kontrolle des Transportes von Kriegsmaterial und den Boykott des Angreifers. In seinen mündlichen Ausführungen kommt Jouhaux auf die Vorgänge in Oesterreich und auf die Bedrohung der Tschechoslowakei zu sprechen, die der Gefahr, wirtschaftlich erstickt zu werden, ausgesetzt sind. Einmütigkeit besteht darüber, dass das Hauptkampffeld des Faschismus heute ebenfalls Spanien ist, und dass die Zerstörung der spanischen Republik einen Sieg des Faschismus bedeuten würde. Die entscheidende Waffe des I. G. B. sieht Jouhaux im Boykott, der auch auf die Fabrikation und den Transport von Waffen und Kriegsmaterial ausgedehnt werden sollte und gegenüber allen faschistischen Ländern eingesetzt werden müsse. Er weist auch

auf das beschränkte Asylrecht für politische Flüchtlinge hin, das in immer mehr Ländern verschandelt wird.

In der anschliessenden Diskussion wird von den spanischen und mexikanischen Vertretern auf die bedrohliche politische Entwicklung hingewiesen, seitdem der internationale Faschismus sich Spanien zum Kampffeld gemacht hat. Der Vorsitzende erklärt unter Bezugnahme auf den gestrigen Beschluss mit allem Nachdruck, dass dieser Beschluss gefasst worden ist, weil die Mehrheit der Mitglieder des I. G. B. der Auffassung zuneigt, dass die Zusammenarbeit mit den russischen Gewerkschaften keine Stärkung unserer Bewegung, sondern eine Schwächung nach sich ziehen würde. Die demokratische Aktion, die die Basis der Tätigkeit des I. G. B. ist, wird geschwächt, wenn sie an die Zusammenarbeit mit der russischen Diktatur gebunden ist. Diese Einstellung kann nie und nimmer bedeuten, dass die Entschiedenheit unserer Haltung und unseres Kampfes gegen den Faschismus irgendwie in Frage gestellt würde. Er weist darauf hin, dass die Praxis in bezug auf den Boykott einwandfrei ergeben habe, dass die uns zur Verfügung stehende Waffe nur der Boykott der Waren ist, wie er 1933 gegen das Naziregime in Deutschland beschlossen wurde. Für die Möglichkeit unserer gewerkschaftlichen Aktion ist entscheidend, was die Gewerkschaften jedes einzelnen Landes im Rahmen der Verfassung, der Gesetze und der gesellschaftlichen und politischen Lage zu leisten imstande sind. Mehr als diese Möglichkeit restlos auszunützen, kann von keiner Landeszentrale verlangt werden. Es hat daher keinen Sinn, Aktionen zu verlangen, für die keine Möglichkeiten zur Durchführung bestehen. Nachdem sich noch Vertreter einzelner Länder in diesem Sinne geäussert haben, werden die Erklärungen des schriftlichen Berichtes einstimmig gutgeheissen.

In bezug auf den Kampf der mexikanischen Regierung gegen den Oeltrust findet nachstehende Resolution einstimmige Annahme:

«Da die mexikanische Regierung die Petroleumindustrie enteignet hat und die Arbeiter an deren Enteignung beteiligt sind, ferner im Hinblick darauf, dass die Nationalisierung der Produktionsmittel eines Landes einen grossen Schritt vorwärts bedeutet auf dem Wege zur Hebung des materiellen und moralischen Niveaus der Arbeiterschaft, empfiehlt der I. G. B. den angeschlossenen Landeszentralen die Durchführung bzw. die Weiterführung einer intensiven Propagandakampagne. Diese soll dazu dienen, die wahren Tatsachen bekanntzumachen, Missverständnisse, die in der Oeffentlichkeit durch die Presse und andere Publikationen verursacht worden sind und die im Interesse der im Kampf stehenden imperialistischen Gesellschaften angewandt werden, zu verhindern.»

Ueber die Wirtschaftspolitik des I. G. B., die Frage der 40-Stunden-Woche und den Kampf gegen die Krise liegt ein fast zweihundert Seiten starker gedruckter Bericht des Sekretariates vor, der die Ergebnisse einer vor kurzem durchgeführten Wirtschaftsenquete enthält. Kollege Mertens als Berichterstatter er-

wähnt, dass der I. G. B. im Jahre 1936 eine Wirtschaftsexpertenkonferenz der Landeszentralen in Paris abgehalten hat, auf Grund deren diese Enquete durchgeführt worden ist. Auf einer zweiten Expertenkonferenz 1938 wurde sodann eine Reihe von Wünschen geäussert betreffend den Ausbau der Wirtschaftsabteilung des I. G. B. und die Schaffung eines kleinen ständigen Expertenkomitees, Wünsche, die der Vorstand inzwischen durch die Einsetzung dieses Komitees erfüllt hat. Seine erste Sitzung ist bereits abgehalten worden, in der die Arbeitsweise und die Form, in der zukünftig eine intensivere wirtschaftliche Tätigkeit sowie die Wirtschaftsberichterstattung der Landeszentralen erfolgen sollen, festgelegt wurde.

Was die Frage der 40-Stunden-Woche anbelangt, so erklärt Mertens nach einem historischen Ueberblick, dass die Methode, Arbeitszeitkonventionen für einzelne Industriezweige zu erlangen, zu höchst unbefriedigenden Ergebnissen geführt hat, und dass jetzt mit aller Kraft darnach gestrebt werden muss, den Versuch zur Verallgemeinerung der 40-Stunden-Woche in einer Gesamtkonvention zu unternehmen. Er wendet sich dagegen, dass diese Bemühungen durch Sonderinteressen einzelner Berufszweige, die bei Einzelkonventionen verharren wollen, beeinträchtigt werden. Der I. G. B. sowie die Arbeitergruppe müssen jede Zersplitterung der Kraft vermeiden und durch einheitliche Haltung das Maximum in Genf zu erreichen versuchen.

Im dritten Teil seines Referates «Kampf gegen die Krise» unterstreicht Mertens die Tatsachen, dass das Problem der Arbeitslosigkeit zu einem permanenten Krisenproblem geworden ist. Da Not und Elend der Massen der beste Nährboden für den Faschismus sind, müssen wir dieser Frage unsere besondere Aufmerksamkeit schenken wie auch der Wanderungsfrage, dem Problem der öffentlichen Arbeiten usw. Dies sind die Gründe, weshalb der I. G. B. die Landeszentralen auffordert, im nationalen Rahmen durch die Schaffung einer Wirtschaftsabteilung zur Abklärung dieser Fragen das ihrige beizutragen.

Nach einigen kurzen, zustimmenden Aeusserungen, wird der gesamte Tätigkeitsbericht des Sekretariates des I. G. B. endgültig angenommen.